IV. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRAL-INFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

Redaktion und Verlag:
OSCAR GRÜN
ZURICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Jahresabonn. Inland Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50
Ausland Fr. 15.—, Amerika 5 Doll. Erscheint wöchentlich



Offices in America:
NEW-YORK, 119 Nassau St.
PITTSBURGH, Pa. 903 Bluff St.
CHICAGO, ILL. 805 S. Marsfield

AGENCE CENTRALE DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Nummer 154 | 29. Juli 1921 | כ"ג תמוז תרפ"א | Einzelnummer 50 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Das Wiederaufbauwerk des J. D. C. in Polen.

Auf der letzten Sitzung der Exekutive des J.D.C. in New-York hat der Vorsitzende der Reconstruction Kommission, Herbert H. Lehman, den Plan für das Wiederaufbauwerk in Polen unterbreitet, der während mehrerer Wochen von der Reconstruction Kommission zusammen mit dem Direktor der Wiederaufbauarbeit, Landesco, durchberaten worden war. Danach sollen für die Wiederaufbauarbeit in Polen eine Million Dollar bestimmt werden, wovon 230,000 für den sofortigen Beginn der Arbeit. Der vorgebrachte Plan wurde von der Exekutive bestätigt und begibt sich Landesco demnächst nach Polen, um den Plan durchzuführen. Man hofft, dass nach ungefähr 4 Monaten der ganze komplizierte Apparat der Selbsthilfe bereits funktionieren wird. Diese Wiederaufbauhilfe ist mehr als Mithilfe, denn als Hilfe zu bezeichnen; sie soll als Mittel dienen, durch welches die polnischen Juden allein mit ihrer eigenen Mühe und Arbeit im Stande sein sollen, ihr ökonomisches Leben wieder aufzurichten. Der ganze Plan ist gestützt auf Selbsthilfs-Institutionen, die die Juden Polens bereits geschaffen haben und die am besten den lokalen Verhältnissen angepasst sind. Die Wiederaufbauhilfe soll diese Institutionen nur stärken und ihnen grössere Mittel zur Verfügung stellen. Der von Landesco vorgelegte Plan wurde von den polnischen Juden auf der dreitägigen Hilfskonferenz vom 12. bis 15. April in Warschau selbst ausgearbeitet (s. „J.P.Z." Nr. 141). Der Plan stützt sich hauptsächlich auf Leihkassen und Kooperativen. Es gibt derzeit gegen 200 Arbeiterkonsumkooperativen mit einer Mitgliedschaft von ca. 75,000 Personen, ausserdem zahlreiche Konsumkooperativen, die nicht von Arbeitern begründet und im Gegensatz zu jenen, allgemeine Kooperativen genannt werden. Eine dritte Art von Kooperativen sind die Handwerker-Kooperativen. Die Darlehenskassen sind ebenfalls bereits vorhanden und in ganz Polen verbreitet, gegründet zum Teil mit Hilfe der ICA und noch mehr aus eigenen Kräften, die jedoch infolge geringer Mittel derzeit nicht sehr leistungsfähig sind. Auf diese beiden Institutionen soll sich die „Jüdische Wiederaufbaugesellschaft in Polen" stützen, die die ganze Arbeit auf rein geschäftlicher und gemeinsamer Arbeit der polnischen und amerikanischen Juden durchführen wird. Die Million Dollar wird der Gesellschaft nur als Darlehen gegeben und dem Joint steht nur ein Kontrollrecht zu. Die polnischen Juden allein müssen sich mit einem Betrag von 10—20 Prozent an der Gesellschaft beteiligen. In bezug auf die Leihkassen wird Polen in 7 Distrikte eingeteilt werden: Warschau, Lemberg, Krakau, Brest-Litowsk, Rowno, Bialystok und Wilna. In jedem dieser Distrikte sollen je 10 Darlehenkassen bestehen. Die Darlehen an einzelne Personen werden zu 12 Prozent erteilt, wovon 5 Prozent für die Ausgaben der Darlehenskasse, 2 Prozent für die Distriktsföderation, 3 Prozent für die Zentralinstitution der Aufbaugesellschaft und 2 Prozent für eventl. Verluste bestimmt sind. Jedem dieser Distrikte werden 100,000 Dollar bewilligt, während die übrigen 300,000 Dollar für Unterstützung der Kooperativen bestimmt sind. Von diesen sind die Arbeiterkonsumkooperativen bisher am besten organisiert, schwächer dagegen die allgemeinen Konsum-Kooperativen. Viel verzweigter und mehr ökonomische Möglichkeiten bietend ist die Arbeit für die Handwerker-Kooperativen, die den Handwerkern nicht mit Lebensmitteln, sondern mit Materialien und einem Absatzmarkt aushelfen sollen. Sie sind oft nicht nur Materialversorger, sondern auch Arbeitgeber und Vermittler. Obwohl nach Ansicht der Joint-Exekutive der von der polnischen Hilfskonferenz ausgearbeitete Plan wohl derzeit der beste sein dürfte, will sich das J.D.C. zuerst während mehrerer Monate von der Durchführung desselben überzeugen, weshalb es vorderhand erst 230,000 Dollar assigniert hat. Sobald sich die ersten Schritte als erfolgreich erweisen, soll die weitere Kapitalshilfe erfolgen. Es besteht kein Zweifel, dass gleichzeitig auch noch andere Arbeiten vonnöten sind, vor allem die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten und die Berufsumschichtung, ganz besonders die Verbreitung der bereits vielversprechenden Landarbeit unter den Juden. All' dies musste jedoch jetzt auf den 2. Platz gestellt werden. Bisher wurde die Wiederaufbauarbeit nur in Rumänien, speziell in Bessarabien und der Bukowina auf sicheren Boden gestellt, während die Arbeit in den anderen Ländern, wie Palästina, Litauen, Lettland, Tschecho-Slovakei usw. sofort in Angriff genommen werden soll, sobald das in Polen eingeschlagene System erprobt sein wird. Die Liquidierung der momentanen Hilfe und der Uebergang zur Wiederaufbauarbeit durch den jetzigen Wiederaufbauplan von Polen, kann als der feierlichste Moment in der Hilfsarbeit betrachtet werden und das erste in Polen erzielte gute Resultat wird ein günstiges Zeichen für einen schnellen und günstigen Wiederaufbau für die Juden in allen anderen Hilfe bedürftigen Ländern sein.

Palestine Development Council.

Die am 3. Juli unter Vorsitz von Judge Mack in Pittsburgh stattgefundene Konferenz der Anhänger der früheren zion. Exekutive hat sich als „Palestine Development Council" mit Justice Brandeis als Ehrenvorsitzenden und Mack als Präsidenten konstituiert. Aufgabe dieses Council wird sein, die Schaffung ökonomischer Unternehmungen in Palästina, lt. dem Programm der vorjährigen Konvention in Buffalo. Zweigorganisationen sollen in jeder Stadt Amerikas geschaffen werden. In den Debatten trat Rabbi Silver scharf gegen die zion. Weltorganisation auf und forderte die Bildung einer besonderen Fraktion wie der Binjan Haarez in Deutschland. Mack und Brandeis waren dafür, dass die jetzige Minorität in der zion. Org. verbleibe und so auf eine Aenderung des jetzigen Kurses harre. Mack erklärte, dass diese Versammlung sich nicht mit Zerstörungsarbeit befassen soll, sondern mit praktischen ökonomischen Unternehmungen. Ale-

xander Aronsohn aus Palästina griff die Methoden der Weltorganisation an und forderte aggressive Schritte gegen dieselbe. Rabbi Silver war für die Teilnahme am Zionistenkongress, damit nicht Weizmann selbst als Schilderer der amerikanischen Verhältnisse dort auftrete. Nathan Strauss jun. erklärte, die Konferenz versammle sich nicht als die Minoritätengruppe der amerikanischen zion. Org., sondern als die amerikan. Juden. Mack war gegen die Beteiligung am Kongress, ausführend, dass die Abwesenheit Brandeis' und die Tatsache, welche Art Delegierte Amerika eigentlich vertreten werden, wohl mehr wirken würde, als eine eigene Teilnahme am Kongress.

Es wurde, wie bereits berichtet, beschlossen, sich nicht am Kongress zu beteiligen, sondern diesem ein schriftliches Memorandum über den Standpunkt der Gruppe zu unterbreiten. Der Palestine Development Council erklärt sich unabhängig von der amerikanischen zion. Org., wie auch der zion. Weltorganisation. Die Gruppe beteiligt sich nicht an den inneren Angelegenheiten der zion. Org., wenn auch den einzelnen Mitgliedern der Gruppe das Recht zusteht, sich in der zion. Org. zu betätigen. In einer Schlussrede betonte Brandeis, dass der Fehler der europäischen Führer darin bestünde, dass sie nicht einsehen wollen, dass die politische Arbeit längst zu Ende sei. Auf seinen Appell um zahlreiche Geldzeichnungen wurden an Ort und Stelle 210,000 Dollar gezeichnet, die binnen 30 Tagen eingezahlt werden müssen. Es zeichneten u. a. Nathan Strauss 25,000, Mary Fels 30,000, Justice Brandeis 10,000, Sol. Rosenbloom 35,000 (ein Teil davon für die Universität), Detroit 50,000, Frau Guggenheimer 5,000. Zum Schluss wurden Rabbi Wise, Nathan Strauss jun., Mary Fels, Solomon Rosenbloom, Dr. Friedenwald, Frankfurter, Rabbi Silver und Hugo Pam mit der Ausarbeitung der genauen Statuten für diesen Council gewählt.

Erleichterung für die Teilnehmer am Zionistenkongress

Die tschecho-slovakische Regierung gewährt den Besuchern des Zionistenkongresses eine 50prozentige Ermässigung der Visagebühren, die auf Grund einer Legitimation des zion. Zentralkomitees des betreffenden Landes erteilt wird. Das Kongressbüro bemüht sich, für geschlossene Gruppen, wie Turner, Studenten, Musiker etc. Sammelvisa zu erhalten. Ausserdem hat jeder Kongressbesucher das Recht auf eine 33 eindrittel prozentige Ermässigung des normalen Eisenbahntarifes von der tschecho-slovakischen Grenze an; die zu dieser Vergünstigung berechtigenden Legitimationen werden an die Landesverbände zur Aushändigung an die Kongressteilnehmer zugeschickt. — Mit Rücksicht auf die Flut von Gesuchen um Zuteilung von Journalistenkarten, wird vom Büro darauf aufmerksam gemacht, dass nur eine beschränkte Anzahl von Journalistenplätzen zur Verfügung steht und demzufolge nur die wichtigsten jüd. und nichtjüdischen Zeitungen berücksichtigt werden können. Alle übrigen Presseorgane erhalten auf Wunsch gratis die täglich zweimal erscheinende Kongresskorrespondenz. Ausserdem werden auch die grossen Telegraphen- und Korrespondenzbüros regelmässig Berichte über diesen Kongress versenden. — Ersatzdelegierte, die nicht an Stelle von Delegierten treten, können in ihrer Eigenschaft als Ersatzdelegierte keinen Anspruch auf Einlass in den Kongressaal erheben und gelten nur als private Kongressbesucher, die nur bei Vorweisung einer Eintrittskarte Zutritt zu den Sitzungen haben.

Chronik.

Russland.

— Zum Zionistenkongress in Karlsbad werden etwa 70 Delegierte aus Russland erwartet, darunter 18 Zeire Zion.

— Der Minsker kommunistische „Wecker" berichtet über die verzweifelte Lage der Juden in Weissrussland. Wegen der schlechten ökonomischen Verhältnisse ernähre sich ein Teil der Bevölkerung Weissrusslands von Raub und Plünderung. Der ausgehungerte Pöbel befalle jedoch fast ausschliesslich nur Juden und veranstalte massenweise Pogrome. Ganze jüd. Siedlungen wurden ruiniert und zerstört. Ungeachtet dessen, dass zahlreiche Pogromisten dafür mit dem Leben bezahlen mussten, hält diese feindliche Stimmung gegen die jüd. Bevölkerung an

— Laut Meldung der „Jewish Times" aus Riga dauern die Judenpogrome in Weissrussland noch immer an. Die Sovietregierung hat in Minsk eine Spezialkonferenz veranstaltet, um Mittel zur Abstellung der Pogrombewegung zu suchen. Es wurde beschlossen, keinen besonderen jüd. Selbstschutz zu organisieren, sondern sich an die Regierung in Moskau zu wenden wegen Entsendung einer besonderen verlässlichen Truppenmacht, zwecks Bekämpfung der grassierenden Banden. Inzwischen ist in Radul ein neuer Pogrom vorgekommen, bei dem 80 Juden getötet wurden. Es müssen ehestens Massregeln ergriffen werden, um der Gefahr zu entgehen, dass Weissrussland zu einer zweiten Ukraine werde. Die jüd. Gemeinden haben eine Hilfsaktion für die Pogromopfer organisiert; in Minsk, Bobruisk, Mozyr und Sluzk wurden jüd. Waisenhäuser eröffnet.

Lettland.

— Laut J. C. B. hat das lettische Handelsministerium ein Gesetzprojekt ausgearbeitet, wonach im Handel für Lebens- und Verbrauchsgegenstände ein Konzessionierungssystem eingeführt wird. Die Erteilung von Konzessionen an Ausländer ist nicht gestattet. Den nationalen Minoritäten werden Konzessionen nur im Verhältnis zur Zahl ihrer Angehörigen erteilt. Die Durchführung dieses Gesetzes würde den jüd. Handel in Lettland vollständig vernichten.

Litauen.

— Wie dem J. C. B. aus Danzig berichtet wird, fand in den letzten Tagen in Kowno eine Reihe von Ueberfällen auf Juden statt, wobei einige Juden getötet wurden. Die stark beunruhigte jüd. Bevölkerung wandte sich an die Behörden mit einer Beschwerde, weil diese in Kowno den bekannten ukrainischen Pogromveranstalter, Ataman Oskilko, dulde, der zur Aufhetzung der Bevölkerung beitrage.

— Der Jüd. Nationalrat veröffentlicht eine Erklärung, wonach er letztens häufig Anfragen erhalte, wegen der Enqueten, die Vertreter des Joint Distribution Committee im ganzen Lande vornehmen, weshalb sich der Nationalrat mitzuteilen veranlasst sehe, dass auf Grund des im November vorigen Jahres auf der Rigaer Konfererenz der Joint Direktoren angenommenen Beschlusses vom 1. Juli die vom Joint dem Nationalrat für Hilfswecke erteilte Hilfe eingestellt wird. Die so oft zugesagte Unterstützung für Wiederaufbauarbeit sei bisher vom Joint nicht gegeben worden. Dies wird damit erklärt, dass der Joint seine Tätigkeit liquidiere. Es stellte sich jedoch heraus, dass der Joint seine Tätigkeit fortzusetzen gedenke, jedoch bei deren Durchführung den von der jüd. Bevölkerung erwählten Nationalrat umgehen wolle. Deshalb werden jetzt durch das J.D.C., in ganz Litauen ohne Zustimmung des Nationalrates Anfragen und Instruktoren an die jüd. Gemeinden entsandt, um einen Boden für eine selbstständige Arbeit des Joint in Litauen zu schaffen. Ein derartiges Vorgehen der Jointleiter müsse als Versuch betrachtet werden, die schwer erkämpfte Organisation der jüd. Bevölkerung zu stören und als Tendenz, die Hilfsarbeit auf veralteten, bürokratischen Prinzipien aufzubauen. Der Nationalrat erklärt deshalb, dass alles, was der Joint für diesen Zweck unternimmt, gegen den ausgesprochenen Willen des Nationalrats geschieht. Der Nationalrat wird alle möglichen Schritte unternehmen, um nicht zuzulassen, dass unter der Form einer schlecht verstandenen Philanthropie, die Grundlagen der jüd. nationalen Organisation untergraben und die notleidende jüd. Bevölkerung Litauens in eine zersplitterte Masse von erniedrigten Almosenempfängern verwandelt wird. Der Nationalrat ist überzeugt, dass die selbstbewusste jüd. Bevölkerung sowie alle jüd. Institutionen, insbesondere die Gemeinden, ihn in diesem Kampfe unterstützen werden.

Litauen.

(Polnisches Okkupationsgebiet.)

— Ein Vertreter des polnischen Aussenministeriums, Knoll, führt jetzt in Wilna Verhandlungen, um zu einer Verständigung mit den Juden zu gelangen. Ausser Dr. Wygodski besuchte Knoll auch Rabb.

Rubinstein, der u. a. darauf hinwies, dass es nicht genüge, um die Loyalität der jüd. Vertreter in Wilna zu werben, sondern dass die polnische Regierung im allgemeinen ihre bisherige Politik den Juden gegenüber radikal ändern müsse, indem sie Bedingungen schaffe, unter denen sich die Juden als gleichberechtigte Bürger fühlen. Nur dann, wenn die jüd. Massen befriedigt sein werden, werde diese Befriedigung auch durch ihre Führer zu Tage treten, die nur die in den jüd. Massen herrschenden Stimmungen wiedergeben können.

Polen.

— Laut Mitteilungen des „Hias"-Vertreters, Dr. Held, teilt der amerikanische Konsul in Warschau die Auswanderer vom 1. Juli ab in 2 Kategorien, in die aus Polen stammenden Emigranten und die Flüchtlinge aus Russland. Infolge dieser Zweiteilung werden die russischen Flüchtlinge der polnischen Quote nicht zugezählt, weshalb aus Polen mehr Immigranten nach Amerika gelangen können, als ursprünglich angenommen wurde.

— Die Jointleitung hat eine spezielle Zentralkommission für Wiederaufbaufragen ernannt, die am 25. Juli in Warschau zusammentreten sollte, um das Programm der Wiederaufbau-Konferenz des Joint (s. „J. P.Z." Nr. 141) zu bestätigen.

— Ein grosser Brand hat im jüd. Viertel Grodnos über 50 Wohnhäuser und weitere 100 Gebäude eingeäschert. Tausende der Abbrändler sind obdachlos. Die Zahl der Menschenopfer ist noch nicht festgestellt.

— Der Jointdirektor, Dr. Bogen, ist auf Einladung der New Yorker Universität, die ihn zum Lektor für Nationalitätenfragen in Osteuropa ernannte, nach New York abgereist.

— Die in Polen tätige Abteilung des amerikanischen Roten Kreuzes hat der Verwaltung des jüd. Waisenhauses in Warschau einen grösseren Transport von Wäsche und Kleidern im Werte von einigen Millionen Mark überwiesen.

— Der Kiewer Rabbiner Ahronsohn hat lt. dem „Moment" beim Dorfe Miliatyn (Kreis Ostrog) die Grenze überschritten, wobei er verhaftet wurde. Da dessen Kommen zuerst angekündigt worden war, hat das zentrale ukrainische Komitee für Wolhynien sich an den Wojewoda in Luzk gewandt, mit dem Hinweis, dass Rabb. Ahronsohn vor den Bolschewisten flüchte und somit auf Grund der Instruktionen des Innenministeriums auf Asylrecht in Polen Anspruch habe; man erwartet, dass Rabb. Ahronsohn binnen kurzem aus seiner Haft entlassen werden wird. (Ist inzwischen geschehen.)

Rumänien.

— Laut J. C. B. erhielt Dr. Kogan-Bernstein aus Galatz die telegraphische Mitteilung, dass die mit 79,000 kg Kleider für die ukrainischen Pogromopfer in Bessarabien beladene „Mapacu" in der Nähe von Burgas auf eine Mine gestossen und untergegangen sei. Die „Mapacu" führte eine Ladung im Werte von 125,000 Dollar als Geschenk der amerikanischen Juden für die in Bessarabien befindlichen ukrainischen Heimlosen. Die Ladung war wohl versichert, gleichwohl wird durch den Untergang des Schiffes die Hilfe für die halbnackten Flüchtlinge auf längere Zeit hinausgeschoben.

— Chachambaschi Dr. Gaster ist auf Grund einer Einladung der rumänischen Regierung nach Rumänien abgereist, um an den dortigen Universitäten Vorträge über die rumänische Sprache, Literatur und Folklore zu halten. Dr. Gaster soll seine Vorträge an der Universität in Transsylvanien (Klausenburg) beginnen, später die Bukowina und die Moldau besuchen und seine Vorlesungen an der Bukarester Universität abschliessen.

Tschecho-slovakischer Staat.

Prag. - R. - Anlässlich der Sitzung des A. C. fand hier eine Sitzung der Exekutive des Misrachi statt, in der beschlossen wurde, die Misrachi-Weltkonferenz für den 28. August nach Karlsbad einzuberufen.

Der Waad Hapoel, der Hitachduth Hapoel Hazair Zeire-Zion beschloss für den 28. August die 2. Weltkonferenz des Verbandes nach Karlsbad einzuberufen, die ausser den Fragen der Organisation und des Kongresses auch mit den Fragen des Parteiprogramms und der Stellung zu den andern zion. Arbeitsparteien sich beschäftigen wird. Unmittelbar vor dem Kongress soll eine „Konferenz für das arbeitende Palästina" stattfinden, die von den linken Parteien einberufen wird und eine Plattform schaffen soll, auf die sich alle Delegierten sammeln, welche gewisse Grundsätze für die zion. Arbeit und den Aufbau Palästinas akzeptieren, die von der Konferenz festgelegt werden sollen.

Ungarn.

— Wie die „Neue Zürcher Zeitung" berichtet, wurden am 23. Juli, dem 2. Jahrestage des Sturzes der Kommunisten, die Professoren Marczali und Beke wegen ihres Verhaltens während des Kommunismus vom Senate der Budapester Universität ihrer Professur verlustig erklärt. Das Urteil rief allgemeine Überraschung hervor, da beide Professoren auch während der Diktatur der Politik fernstanden. Beke wurde auf Grund der Beschuldigung enthoben, dass er dem Plane Kunfis gutheissend beigepflichtet habe, dass künftighin, wie im Ausland üblich, die geprüften Lehrer auf Grund einer Aufnahmeprüfung zum Universitätsstudium zugelassen werden. Die beiden ihres Postens enthobenen, allgemein geachteten Gelehrten sind jüdischer Abstammung. Da die anderen jüd. Professoren der Budapester Universität bereits früher von ähnlichem Schicksal betroffen wurden, ist es nun gelungen, die neuerdings nach dem Kardinal Petrus Pazmany benannte Universität glücklich von den Juden zu reinigen.

— Über die Art der Handhabung des Numerus clausus auf dem Lande berichtet der Budapester Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung": Zufolge des Numerus clausus konnte sich an der Debrecziner Wirtschaftsakademie nur ein gewisser Prozentsatz jüd. Schüler einschreiben lassen. Die anderen Hörer verstellten jedoch bei Beginn des Schuljahres die Tore und liessen keinen einzigen Juden in das Schulgebäude eintreten. Auf die persönliche Intervention des Ministers Szabo aus Nagyatad, gelang es dennoch 3 Juden, nachträglich aufgenommen zu werden, die jedoch von ihren Kollegen zu keinem einzigen Vortrag zugelassen wurden. Trotzdem meldeten sich diese zur Prüfung. Als die intransigenten Hörer hievon Kenntnis erhielten, verhinderten sie die 3 Juden daran, zur Prüfung zu gehen, sodass diese durch je zwei Professoren, die sie links und rechts am Arm erfassten, zur Prüfung geführt werden mussten. Auf dem Rückwege wurden sie von den Kollegen angegriffen und blutig geschlagen. Die von ihren Verletzungen genesenen Hochschüler forderten ihre Angreifer zum Zweikampf heraus, den diese jedoch verweigerten, mit der Begründung, dass ein Jude nicht satisfaktionsfähig sei.

— Auf der letzten Sitzung des Ausschusses der Isr. Taubstummenanstalt wurde über die von den holländischen, englischen und amerikanischen Roten Kreuzvereinen und dem Joint gewährten Unterstützungen berichtet, trotz welcher das Schuljahr mit einem Defizit von 84,000 Kr. abschliesst. Es könne deshalb im kommenden Schuljahre nur 75 Zöglingen eine Heimstätte gewährt werden, obwohl Raum für 120 vorhanden ist. Ein ungenannt bleiben wollender jüd. Philanthrop hat für die Verpflegung eines aufzunehmenden taubstummen Christenkindes für 9 Jahre 125,000 Kr. erlegt.

— Auf der Jahresversammlung des Isr. Landes-Patronage Vereins in Budapest wurde bekanntgegeben, dass der Verein im kommenden Jahre 1 Million Kronen für jüd. Waisenkinder aufwenden wird.

— Durch Aktion der Budapester orth. isr. Gemeinde wurden dieses Jahr 130 Kinder in die Sommerfrische verbracht.

Oesterreich.

— Am 20 Juli fand anschliessend an den Frauenkongress für Freiheit und Frieden eine Massenversammlung der zion. Frauen Wiens statt unter Vorsitz von Frau Hilda Pisk. Ansprachen hielten Oberrabb. Chajes, Anitta Müller, Frau Heymann (Deutschland), Frau Marshall, die die Bekämpfung des Antisemitismus als Pflicht der Frauengruppe, die sich mit der Wahrung der nationalen Minoritätsrechte befasst, bezeichnete, in dessen Dienst sich die einzelnen Frauen in ihrer Heimat stellen werden. Das Judendentum sei vorbildlich, weil es seine Rechte nicht mit militärischen Methoden verfechte wie die anderen Völker. Frau Lanzenberg (Frankreich) und Frau Klabin (Südamerika) gaben ihrer Sympathie für den Zionismus Ausdruck. Frau Dr. Ornstein-Brodsky brachte eine einstimmig angenommene Resolution ein, laut welcher die zion. Frauenorganisation den Bestrebungen der internationalen Frauenliga ihre Sympathie ausspricht und den Beitritt zu ihr erklärt.

Deutschland.

- R - Der Wahlkampf zum 12. Zionistenkongress hat in Deutschland bereits begonnen. Die Wahlen finden nach dem Proportionalsystem statt wobei ganz Deutschland einen Wahlkreis bildet. Die auf dem Delegiertentag in Hannover vertreten gewesenen Gruppen „Nationaler Einheitsblock" „Unabhängige" und „Hapoel Hazair", haben eine gemeinsame Liste aufgestellt, die die Kandidaten dieser Parteien unbeschadet ihres Sonderprogramms

vereinigt. Listenführer ist Dr. Hantke, an führenden Stellen folgen Felix Rosenblüth, dann für Hapoel Hazair Martin Buber und für die Unabhängigen Prof. Loewe. Auf der andern Seite steht die Liste des Binjan Haarez mit Dr. Kollenscher und Dr. Klee an der Spitze. Zwischen diesen beiden Reichslisten hat ein scharfer Kampf eingesetzt. Alle Gruppen haben Wahlaufrufe veröffentlicht. Die Wahlen finden in der ersten Augustwoche statt.

Der deutsche Reichskanzler Dr. Wirth empfing bei seinem letzten Besuche in Breslau eine Abordnung der oberschlesischen Juden, die sich über antisemitische Pöbeleien der Reichswehr beschwerten.

Italien.

Triest, 22. Juli. - R. - Heute reisten 105 Palästinafahrer mit dem Eildampfer „Graz" nach Alexandrien ab, während weitere 125 mit dem Postdampfer „Gastein" sich einschifften, die höchstwahrscheinlich in Haifa landen werden. — Laut den hier aus Palästina eingelangten Telegrammen können sich jetzt 500 Personen auf einmal nach Palästina begeben. Der hiesige engl. Konsul hat von seiner Regierung einen telegraphischen Bericht erhalten, wonach für diejenigen Reisenden, die bereits ein engl. Visum besitzen, keine weiteren Schwierigkeiten bestehen.

— Der Triester R.-Korrespondent der „J.P.Z." hatte auch mit M. Scheinkin, dem bisherigen Leiter der Emigrationsabteilung beim Waad Hazirim und mit Dr. Bogratschow, dem jetzigen Direktor des Jaffaer Gymnasiums längere Unterredungen, die hier Platzmangels wegen in aller Kürze wiedergegeben seien. Scheinkin erklärte, er wäre von der Leitung des Waad Haaliah wegen des derzeitigen Kurses der palästinensischen Regierung zurückgetreten, der einer Annullierung der Balfour-Deklaration gleichkomme. Die Kontrolle über die Einwanderung müsse bei der Zion. Org. bleiben und keineswegs dürfen die verschiedenen Beamten laut ihren Sympathien oder Antipathien handeln. Es gäbe in Palästina 20,000 Dunam jüd. Bodens, die entweder überhaupt nicht oder durch Araber bearbeitet würden. Es gibt auch zahlreiche Achusoth, deren Besitzer in England oder Amerika sind und in denen bloss ein Drittel des Bodens bearbeitet wird. Hier liessen sich noch überall zahlreiche Einwanderer ansiedeln, wenn man das nötige Geld für Darlehen aufbringen würde. Man benötige vorerst zumindest 100,000 Pfund. Nur dank der Selbstaufopferung der Lehrer und ihrer Verzichtleistung auf alle Vergnügen und Bequemlichkeiten gelingt es, bei einem Monatsbudget von nur 7,000 Pfund alle Schulen zu erhalten. Bei einem Monatsbudget von zirka 25,000 Pfund koste die ganze zion. Administration nur gegen 2,500 Pf., was sehr wenig sei.

Dr. Bogratschow meinte im Gegensatz dazu, dass der Jischub in Palästina nicht so sehr an Geldmangel als daran leide, dass bis vor kurzem das amerikanische Geld viel zu reichlich floss und habe das plötzliche Aufhören dieses Goldregens die ökonomische Stagnation verursacht. Eine Million Pfund seien von der Zion. Org. für 50,000 Palästinenser ausgegeben worden und diese seien jetzt nicht mehr im Stande, von diesem Standardniveau herunterzugehen. Bei keinem anderen Volke erlauben sich die Bauern, ihre Kinder nach Paris und London zu Studienzwecken zu schicken, während unsere Kolonisten sich keine Mühe geben, ihre Kinder zu guten und tüchtigen Bauern zu erziehen, sondern aus ihnen am liebsten Aerzte und Ingenieure machen möchten. In Transjordanien gäbe es eine Million Leute, die in viel ärgerer Lage aber dennoch viel reicher sind, da sie sich mit wenigem begnügen, während unsere Ansprüche so gross sind.

Frankreich.

— Die seit 5 Monaten in Paris existierende jüd Arbeiterküche, die hauptsächlich von jüd. Emigranten, darunter vielen ukrainischen Flüchtlingen besucht wird, wurde während dieser 5 Monate von beinahe 20 000 Leuten benutzt. Wegen der auf dem Pariser Arbeitsmarkt herrschenden Krise macht sich ein grosser Geldmangel bei der Küche bemerkbar, weshalb u. a. auch das Exekutivkomitee der jüd. Welthilfskonferenz dieser Küche seine Unterstützung hat angedeihen lassen.

England.

— Wie verlautet, soll die dieser Tage in London erwartete arabische Delegation aus Palästina mit der zion. Exekutive in Verhandlungen treten, über die Schaffung eines Modus vivendi zwischen Juden und Arabern in Palästina.

— Kriegsminister Evans erklärte auf eine Anfrage, dass die Garnison Palästinas am 30. Juni aus ungefähr 7200 Mann bestanden habe, ausser 700 Mann militärischen Personals, das sich in Palästina zwecks Vornahme wichtiger Arbeiten befinde. Die Kosten dieser Garnison dürften sich auf 2, 500,000 Pf. für das Jahr stellen, ausser den Ausgaben für die wichtigen Arbeiten, die dort vorgenommen werden.

— Auf eine Anfrage des Abg. Steel, welches die offiziellen Sprachen in Palästina seien, ob nicht das Hebräische bevorzugt werde, wie auch, ob nur solche Beamten angestellt würden, die hebräisch können und wie viel Christen, Mohammedaner und Juden Regierungsstellen einnehmen, erklärte der Unterstaatssekretär für die Kolonien, Wood: Offizielle Sprachen sind englisch, arabisch und hebräisch; es wird dem Hebräischen kein Vorzug gegeben. Die Kenntnis des Hebräischen ist nich unerlässlich für die Bekleidung eines Regierungsamtes. Die Zahl der Regierungsbeamten, einschliesslich des Personals der Bahnen und der Post beträgt 2571, davon 1338 Christen, 719 Mohammedaner und 514 Juden.

— Auf dem Meeting des Board of Deputies vom 17. Juli berichtete Sir Stuart Samuel über seine Palästinareise und führte u. a. aus: Als Präsident des Board of Deputies seien ihm sowohl in Damaskus als auch in Jerusalem grosse Ehren erwiesen worden. Vor allem wolle er betonen, dass die Behauptungen, die britischen Steuerzahler würden durch die Gründung des jüd. Heims belastet, unrichtig seien. Das jüd. Heim koste den britischen Steuerzahler keinen Penny; die 5000 Mann, die man in Palästina halte, müssten dort auch stationiert sein, auch wenn es dort keinen einzigen Juden gäbe; im Gegenteil, man müsste dann noch mehr Truppen dort haben, da sich die Juden durch ihre Loyalität und Ordnungsliebe auszeichnen. Es ist eine Tatsache, dass gerade deshalb, weil sich in Palästina eine so friedliche Bevölkerung wie die jüdische befindet, man dort mit weniger Truppen auskomme. Ebenso unberechtigt sei der Vorwurf, dass die britischen Ausgaben für Palästina nur zu Gunsten der Juden seien. Gerade die Juden tragen viel dazu bei, dass das palästinensische Budget nicht zu Lasten Englands falle. So decken die Juden die Ausgaben für ihr Bildungswesen aus eigenen Mitteln, obwohl an den 2,800,000 Pf. Einnahmen der palästinensischen Regierung die Juden mit einem Sechstel beteiligt sind. Die Juden der ganzen Welt steuern bedeutend bei für Palästina und geben die Zionisten grosse Summen für die Entwicklung des Landes aus, was nicht nur zu Gunsten der Juden ist, sondern zu Gunsten der Gesamtbevölkerung. Die Regierung schaffe Bildungsanstalten für die Araber, während die Juden sich diese Anstalten selbst schaffen. Diese unbegründeten Vorwürfe seien also ein grosses Unrecht. Er betone nochmals aufs schärfste, dass es eine Lüge sei, wenn man behaupte, dass der engl. Steuerzahler durch den Aufbau des jüd. nationalen Heims in Palästina belastet werde; es haben davon im Gegenteil auch andere Nutzen.

Würde man sich in Palästina nicht von aussen einmengen, so gäbe es dort nicht so unangenehme Vorfälle. Es kommen jedoch Agitatoren von überall her und reizen die dortigen Einwohner auf, die ein leicht erregbares Element sind. Diejenigen, die die falschen Behauptungen machen und die Bevölkerung

aufhetzen, rechnen nicht damit, dass ein jedes ihrer vielen Worte Menschenleben in Gefahr bringt. Man müsse auch die grossen Aufbauschwierigkeiten betonen. Wer diejenigen stört und entmutigt, die sich diese grosse Aufgabe gestellt haben, vor allem die Chaluzim, begehe einen grossen Fehler. Man muss den Enthusiasmus anfachen, denn die Arbeit ist schwer und gross. Die Erbauer werden trotz aller Schwierigkeiten ihr Werk vollenden und müsse man ihnen, statt sie zu stören, dabei helfen. Die Juden leiden mehr als alle anderen, und müssen wir alle unsere Pflicht erfüllen.

Nach der Verdankung des Berichtes Samuels wurde ein Bericht des Joint Foreign Committee über die Emigration aus Osteuropa vorgelesen. Die Verhandlungen mit der polnischen Regierung seien günstig verlaufen und würden die Flüchtlinge von Polen vorderhand nicht ausgewiesen. Das Joint Foreign Committee habe im Verein mit anderen jüd. Organisationen Schritte unternommen, um neue Immigrationsländer zu erschliessen. Im Falle dies gelänge, dürfte die polnische Regierung die Durchreise gestatten. Australien habe bereits abgesagt, während von anderen Ländern noch keine Antwort eingetroffen sei. Als Resultat der Emigrationskonferenz in Brüssel (s. „J.P.Z." Nr. 148) wird die ganze Frage zusammen mit der allgemeinen Frage der Organisierung und Kontrolle der jüd. Emigration vor der Internationalen Emigrationskommission vorgebracht werden, die unter Aufsicht des Völkerbundes Anfang August in Genf tagen wird.

— Der in politischen Kreisen hochangesehene „Observer" veröffentlichte am 24. Juli ein Interview mit Prof. Geddes, dem Entwerfer der Pläne für die hebräische Universität in Jerusalem. Prof. Geddes äussert sich sehr optimistisch bez. Palästinas und dessen Kolonisierung durch die Juden. Er berichtet von den grossen Fortschritten in den jüd. Kolonien und den Erfolgen der Juden auf dem Gebiete der Erdarbeit. Es sei sicher anzunehmen, dass der neue jüd. Bauernstand sacherfahren und fortschrittlich sein wird. Mit grossem Zutrauen spricht Geddes von der erfolgreichen Entwicklung der Stätte und betont, dass die jüd. Bevölkerung einen wichtigen Faktor in der Entwicklung der Kultur und Erziehung bilden werde. Er entwickelt sodann den Plan der Universität, die von einer Gartenstadt umgeben, ein Bildungszentrum zu werden verspricht und er hofft, dass sich im Zusammenhange mit der Universität gewisse Industrien entwickeln werden, für Fabrikation von Artikeln für wissenschaftliche Zwecke.

— Die Wochenschrift „Churchman", die als halboffizielles Organ der englischen Protestanten betrachtet wird, veröffentlicht einen Artikel, worin die Gegnerschaft des Papstes zum Zionismus stark angegriffen und gefragt wird, wie der Papst gegen den Zionismus sein könne, wo doch in der Bibel selbst Palästina den Juden versprochen worden sei.

Griechenland.

— Das griechische Kriegsministerium hat die Juden Salonikis von der Mobilisation befreit, solange die Nationalversammlung nicht das Gesetzprojekt über die Militärpflicht der Juden verabschiedet haben wird. Laut diesem Projekt sollen die Juden Salonikis das Recht haben, sich gegen ein Lösegeld vom Militärdienste frei zu machen.

Bulgarien.

— Dr. Hans Kohn bereist gegenwärtig in Sachen des Keren Hajessod Bulgarien, wo er bisher 1 500 000 Levas in Bar eingesammelt hat und bis Ende August es auf 3 Millionen zu bringen hofft.

Sofia 22. Juli - J - Eine hiesige Druckerei gab mit schreierischem Titelbild und Reklame eine Detektivgeschichte „Jewrejziubijzi" (Juden-Mörder) heraus; die an sich harmlos blöde Broschüre wurde durch die Reklame zu einem antisemitischen Hetzzweck„ erhöht." Der Präsident des jüd. Konsistoriums, H. Farchi' schritt sofort beim Minister ein, der die Broschüre verbot.

Südafrika.

— In Südafrika hat in letzter Zeit eine Bewegung eingesetzt, um auch dort das Schächtverbot einzuführen. Die Initiative dazu stammt vom Tierschutzverein, der behauptet, dass die Tiere beim Schächten besondere Qualen erleiden. Der Oberrabbiner Südafrikas, Dr. Landau, hat in der Presse eine Erwiderung auf diese Behauptung erscheinen lassen und darauf hingewiesen, dass diese Frage in Deutschland und in der Schweiz bereits behandelt wurde; von den bedeutendsten Tierärzten und Universitätsprofessoren sei festgestellt worden, dass diese Angriffe gegen das Schächten jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehren. (Es wäre angezeigt, wenn der Schweizerische Isr. Gemeindebund, Oberrabb. Landau das ganze von ihm sorgfältig gesammelte Material zur Verfügung stellen würde, wodurch diesem die Führung der Abwehrbewegung sicherlich erleichtert würde. „J.P.Z.")

Amerika.

— Die Mitglieder der neuen amerikanischen zion. Exekutive wurden im Weissen Hause von Präsident Harding empfangen. (s. „J.P.Z." Nr. 153.) Namens der Administration dankte Conheim Präs. Harding für sein Schreiben an Weizmann, mit dem Ausdruck seiner Sympathie für den Zionismus. Palästina werde ein Symbol für den Frieden und die Zusammenarbeit der drei grossen religiösen Gemeinschaften sein. Harding unterhielt sich mit den einzelnen Mitgliedern der Delegation und liess sich zum Schluss gemeinsam mit ihnen photographieren.

— Ein Komitee, bestehend aus protestantischen und katholischen Geistlichen und Rabbinern, überreichte Präsident Harding eine Petition, worin der Präsident und der Kongress gebeten wird, eine internationale Abrüstungskonferenz einzuberufen. Die Petition war von 20,503 Geistlichen unterzeichnet, während 209 sich weigerten, ihre Unterschrift zu geben.

— Laut New Yorker Meldung des Warschauer „Emigrant" habe das Staatsdepartement der „Hias" in New York mitgeteilt, dass Frauen, die zu ihren Männern nach Amerika fahren, nicht unter die Prozentnorm fallen. Obwohl beim Warschauer amerikanischen Konsulat eine Bestätigung dieser äusserst wichtigen Meldung noch aussteht, dürfte laut „Moment" an deren Richtigkeit nicht zu zweifeln sein.

— Auf der Sitzung der Exekutive des People Relief Committee wurde beschlossen, nach Sovietrussland eine neue Hilfsmission zu entsenden, um dort die Verteilung zu organisieren.

— Die in Detroit tagende Konvention der sozialistischen Partei nahm eine Reihe von scharfen Protestresolutionen an gegen die Judenverfolgungen in Europa, sowie gegen den Versuch, durch Verpflanzung des Antisemitismus nach Amerika die gleiche blutrünstige Pogrompolitik auch dort zu kultivieren. In einer weiteren Resolution wird dem Völkerbund vorgeworfen, den blutigen Judenmorden in Osteuropa gleichgültig zugesehen zu haben.

— Die neugewählte Exekutive der amerikanischen Zionisten hielt am 27. Juni ihre erste Sitzung ab, auf der die von den Schekelzahlern zu wählenden Kandidaten für den Zionistenkongress nominiert wurden. Ständige Komitees wurden eingesetzt für Finanzen, Propaganda, Organisation, Presse und Palästina und Vertreter in das Keren Hajessod Büro gewählt. Der Schatzmeister Schweitzer berichtete, dass die neue Administration bereits 25,000 Doll. nach London für Palästina überwiesen habe, die erste Geldüberweisung seit März, der Zeit der Einstellung der materiellen Hilfe durch die frühere Administration. Der allgemeine

finanzielle Stand der Organisation sei zufriedenstellend; sie werde in der Lage sein, allmonatlich 25,000 Doll. zu überweisen, ausser den Ueberweisungen für die Erhaltung des Medical Unit. Mit Rücksicht auf die beanstandeten Kampfmethoden der ehemaligen Mitglieder der Administration wurde beschlossen, sich an Brandeis mit der Anfrage zu wenden, ob dies mit seinem Wissen und seiner Zustimmung erfolge. Der französischen zion. Föderation soll ein genauer Bericht über die Clevelander Konferenz zugehen, desgleichen in der englischen Presse auf alle Insinuationen bez. der allweltlichen Tätigkeit der Zionisten Antwort gegeben werden. Dem amerikanischen jüd. Kongress solle Unterstützung gewährt werden. Ein Aufruf an die amerikanischen Zionisten wurde erlassen.

— Auf einer Konferenz der Vertreter von zentralen und nationalen jüd. Organisationen, darunter u. a. Zion. Org., Independent Order Brith Schalom, Order Bne Zion, Hias und Föderation der ukrainischen Juden wurde einstimmig beschlossen, alle Bemühungen für den baldmöglichsten Zusammentritt des amerikanisch-jüd. Kongresses zu unterstützen. Der Vertreter der Hias, Mazel, der Leiter der Hiasarbeit in Osteuropa gewesen ist, verwies u. a. darauf, wie schwer jede Hilfsarbeit für die jüd. Emigranten sei, solange man sich nicht auf eine allweltliche Korporation stützen könne. Hätte man den jüd. Kongress in Amerika genügend unterstützt, so hätte man jetzt 50,000 pogromierte ukrainische Juden mehr in Amerika haben können, die jetzt auf der Wanderung in Rumänien, Galizien usw. schmachten. Nur ein allweltlicher jüd. Kongress könne das schwere Problem der jüd. Wanderung lösen.

— Im Office von Semmel fand eine wichtige Konferenz statt, wegen Einberufung einer Konvention des Galizianer- und Bukowinaer-Verbandes. Verbandspräsident Baron erklärte, dass in der demnächst zusammentretenden Konvention wichtige Organisationspläne zur Beratung gelangen, die geeignet sein werden, zu einer Reorganisierung des Gesamtverbandes zu führen.

— Im Laufe des am 30. Juni abgeschlossenen Finanzjahres wurden für den Nationalfonds in Amerika 156,142.20 Dollar, 28,124.75 Dollar mehr als im vorigen Jahre gesammelt.

— Dr. Lee K. Frankel, bekannt durch seine Aktionen im Wohlfahrtsinteresse, ist von der Regierung Amerikas zum Leiter des Wohlfahrtsbüros der amerikanischen Postverwaltung, die 300,000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, ernannt worden. Dr. Frankel hat das Amt angenommen und bezieht für seine Arbeit das Riesenhonorar von einem Dollar im Jahr. Das gibt den Antisemiten einmal mehr das Recht, den Juden als „Profitierer" hinzustellen.

— Die von der B'nei-Brith-Loge begründete „Anti-Defamation League" (Liga gegen Verleumdungen) zur Bekämpfung des Antisemitismus hat im letzten Jahre über 300 000 Broschüren und Bücher unter Erzieher, Beamte, Geistliche, Publizisten und öffentliche Bibliotheken der Vereinigten Staaten verteilt, in denen die Beschuldigungen gegen das Judentum beleuchtet und zurückgewiesen werden. Die Liga beabsichtigt ihre Tätigkeit auch auf das Ausland auszudehnen. (J. C. B.)

— Vor einigen Tagen wurde in Milwaukee die Jahres-Versammlung der Nationalkonferenz für jüdisch-soziale Arbeit „Jewish Social Service" abgehalten. Julius Rosenwald, der bekannte jüd. Philanthrop von Chicago betonte in seiner Rede die Eliminierung der reinen Wohltätigkeits-Aktionen. Ihre Nützlichkeit habe aufgehört, erklärte er, statt mit Almosen solle man die Notleidenden lieber mit Darlehen unterstützen, wodurch sie ihre Selbstachtung nicht verlieren. Leutnant James H. Becker, der ehemalige Direktor des Joint Distribution Committee in Europa appellierte zugunsten eines weiteren Unterhalts der jüd. Unterrichtsanstalten in Europa. Bei den stark antisemitischen Gefühlen, die jetzt in Ost- und Zentraleuropa vorherrschen, so bemerkte er, müssen die Juden Führer von höchster Bildung und Kultur haben.

— Die erfolgreich beendete Kampagne der Federation of Jewish Charities in Philadelphia zur Aufbringung von 250.000 Dollar für ihre 53 Institutionen wurde überzeichnet. An dem anschliessenden Bankett, an welchem mehr als 500 Personen, die an dem Erfolg mitarbeiteten, teilnahmen, wurden Ansprachen von Dr. Cyrus Adler, Jacob Billikopf und dem Präsident der Federation, Louis Wolf, gehalten.

— Lt. Bericht der jüd. Hilfsgesellschaft für Lungenkranke, die kürzlich ihre 17. Jahreskonvention in Boston abhielt, zählt diese Gesellschaft, die 1904 mit 4000 Mitgliedern organisiert wurde, heute 100.000 Mitglieder. Das Jahresbudget übersteigt 1/4 Million Dollar. Das Sanatorium in Denver allein fasst 200 Patienten; ausserdem unterhält die Gesellschaft noch weitere Institutionen.

Erez Israel — Palästina.

— Die arabische Europa-Delegation ist am 18. Juli von Palästina nach Europa abgereist.

Die Arbeitslage in den Kolonien Judäas und Samarias.

Der palästinensische Mitarbeiter der „J.P.Z." berichtet: Der wieder unter seinem alten Namen erschienene „Hapoel Hazair" vom 7. Juli veröffentlicht einen grösseren Aufsatz über die Arbeitslage in den Kolonien Judäas und Samarias, der in kurzem Auszuge wiedergegeben sei. Die Zahl der in den verschiedenen Kolonien beschäftigten jüd. Arbeiter ist nicht stabil und schwankt ungemein. Der Lohn der Taglöhner schwankt zwischen 20—25 Grosch, während eine Anzahl älterer Spezialarbeiter 30—40 Grosch pro Tag erhält. Die neuen Arbeiter bekommen anderthalb bis zweieinhalb Pfund pro Monat, ausser Kost, Quartier und Wäschebesorgung. Der Taglohn der arabischen Arbeiter schwankt zwischen 15—20 Grosch und steigt während der Ernte bis 25 Grosch; grösstenteils wird deren Lohn so festgesetzt, dass die Schnitter den 5. bis 10. Teil des Ernteertrages bekommen. Die neuen arabischen Arbeiter pflegen 3—4 Pfund monatlich zu erhalten. Von den grösseren Kolonien sind zur Beschäftigung jüd. Arbeiter in letzter Zeit Petach-Tikwah und Chedera und in einem gewissen Abstand nach ihnen Rechoboth und Rischon le Zion übergangen, während in den anderen Kolonien bisher entweder gar keine, oder nur ganz geringfügige Aenderungen vorgenommen wurden. Ueber die Einführung des Systems der jüd. Arbeit wird mit jeder Kolonie einzeln verhandelt; diese Verhandlungen nehmen überall einen andersartigen Verlauf. In Petach-Tikwah ist die Mehrzahl der Kolonisten für die Beschäftigung jüd. Arbeiter. Nur ein kleiner Teil der älteren Kolonisten verhält sich indifferent, wird jedoch von den jüngeren überstimmt, die mit der Vergangenheit gänzlich brechen wollen. Um diese Frage zu ordnen, wurde durch den Kolonierat eine besondere Kommission eingesetzt, die mit dem Arbeitsamt zu einer Verständigung gelangen soll. Die bisher stattgefundenen gemeinschaftlichen Sitzungen haben noch zu keiner Regelung geführt; über Arbeitszeit, Entlöhnung und Organisationsfragen bestehen noch Differenzen. Ausser den landwirtschaftlichen Arbeitern in der Zahl von gegen 500 befinden sich derzeit in Petach-Tikwah noch 300 am Bahnbau beschäftigte Arbeiter, der jedoch der Vollendung entgegengeht. Die Kolonie verhandelt mit der Regierung zwecks Ueberweisung der übrigen mit dem Abschluss dieses Unternehmens verbundenen Arbeiten. An 2. Stelle, was die jüd. Arbeiter anbelangt, kommt Rechoboth, unter deren 200 jüd. Arbeitern zirka 70 Jemeniten sind. Bloss 20 Arbeiter sind alte und der Rest neue Chaluzim. Der Tagelohn beträgt 20—23 Grosch, während die älteren Arbeiter bis 30 erhalten. Die Verhandlungen wegen Anerkennung des Arbeitsamtes sind auch hier noch nicht zu Ende geführt. Die Kolonisten wollen das Arbeitsamt zwar stillschweigend anerkennen, jedoch nicht offiziell, da sie die Verwendung jüd. Arbeiter, ausschliesslich als Freiwilligkeit und nicht als Pflicht ansehen wollen. Ein kleiner Teil der Kolonisten ist auch für die gemischte Arbeit. (Araber und Juden.) Auch Rischon le Zion hat auf die letzten Vorfälle reagiert und beschlossen, jüd. Arbeiter einzustellen, solange die Kolonie schutzbedürftig sei. Nachdem die Ruhe langsam

eingekehrt ist, begannen einzelne Kolonisten allmählich ihre alten arabischen Arbeiter wieder heranzuziehen, zum Teil auch solche, die selbst an den Ueberfällen auf Rechoboth und Petach Tikwah sich beteiligt hatten, was die lokalen jüd. Arbeiter ungemein erregte. Da diese auf ihre Forderung der Einführung permanenter jüd. Arbeit keine Antwort erhielten, beschlossen sie, aus dem Selbstschutz auszutreten. Der Zentralrat des Selbstschutzes verwendete sich gemeinsam mit dem Kolonierat für Rückgängigmachung dieses Beschlusses und versprach, sich für die Erfüllung der Arbeiterforderungen einzusetzen. Die Verhandlungen werden weitergeführt. Die Unterkunftsverhältnisse sind schlecht und teuer. Ein Nachtasyl wurde geschaffen, wo gegen 20 Chaluzim nächtigen. Die Arbeiter essen in Privatküchen, die billig sind, deren Reinlichkeit jedoch viel zu wünschen übrig lässt. Die Kolonien Nes-Ziona, Gedera und Beer Tobia lösten die Frage der jüd. Arbeit nur zum Teil, da sie nicht auf einmal mit ihrer alten Vergangenheit brechen wollen. Man betont, dass man des Friedens wegen an der arabischen Arbeit festhalte, wobei es jedoch in erster Reihe auf billige Arbeit ankommt. Ein-Chai und Kfar-Saba sind ruiniert und befinden sich deren Bewohner in Petach-Tikwah, wo sie auf die Ermöglichung des Beginnes des Wiederaufbaues harren, über dessen System noch Uneinigkeit herrscht. Die einen wollen die alte Methode des kleinen Jischub fortsetzen, während die radikaleren einen grossen Jischub in diesen beiden Kolonien wünschen, um in Stunden der Gefahr sicher dazustehen. Ein weiterer Teil der Kolonien wie Ekron, Hartow, Kfar Uria, Sichron Jakob usw. hat nichts gelernt und nichts lernen wollen. Sie huldigen weiter dem Motto: „Nur nicht die Araber aufregen". So wird z. B. in Hartow der ganze Boden an Araber verpachtet und kein einziger jüd. Arbeiter in der Kolonie beschäftigt, — ja in Kfar Uria massen sich die Araber sogar Besitzrechte an. Die einzige Kolonie Samarias, bei der eine Aenderung vorgekommen ist, ist Chedera, wo jetzt die ganze Arbeit ausschliesslich eine jüdische ist. Zwecks Arbeitsorganisierung wurde ein gemeinsames Komitee von Kolonisten und Arbeitern bestellt und schliessen alle Arbeiter ihre Verträge durch das Arbeitsamt ab. Von der Gesamtzahl der jüd. Arbeiter in den Kolonien Judäas und Samarias sind fast zwei Drittel beschäftigt in Petach-Tikwah, Rischon le Zion, Rechoboth und Chedera, was überhaupt gegen die Hälfte aller landwirtschaftlichen Arbeiter Palästinas ausmachen dürfte. Infolge der Vorfälle der letzten Zeit ist zur brennendsten Frage das Problem geworden, ob der Bodenbesitz der in den Städten oder ausserhalb des Landes wohnenden „Bauern" den ansässigen Arbeitern und Chaluzim zu übergeben sei.

— Ueber das infolge der Vorfälle in Jaffa im Zuge befindliche Gerichtsverfahren, liegen folgende Daten vor: Gegen 300 Personen, Araber und Juden, sind verhaftet worden, 46 Juden wurden auf Grund einer, von den Advokaten Dunkelblum und Sacher geleisteten Kaution, auf freiem Fuss belassen. Gegen 20 Juden wurden wegen Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei (Mops) verhaftet. Die Gesamtzahl der verhaftet gewesenen Juden beträgt 80. Bis zum 1. Juli sind 35 Juden und 44 Araber durch das Zivilgericht verhört worden, wovon 7 Araber und 7 Juden befreit worden sind. Einige Fälle wurden vom Zivilgericht an das Militärgericht oder den Generaladvokat überwiesen. 15 Juden wurden des Ungehorsams und 9 des illegalen Waffenbesitzes und 31 Araber des Schiessens und 4 des illegalen Waffenbesitzes beschuldigt, während kein einziger Juden des Schiessens wegen angeklagt wurde. Ein Araber, bei dem man eine Bombe fand, wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafen für Schiessen differieren zwischen 1—6 Monaten Gefängnis. Einem Jude, der des Tragens einer Khaki Uniform beschuldigt, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, wurde auf Grund einer Appellation die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 1 Pf. verwandelt. In einem anderen Falle wurde eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten in eine Geldstrafe von 5 Pf. reduziert. Auch andere Juden betreffende schwere Verurteilungen wurden, auf Appellation hin, beträchtlich reduziert. In 4 Fällen, die im Distrikts- und Spezialgerichtshof zur Verhandlung kamen, wurden 2 Juden freigesprochen, 1 Araber wegen Mordes zu 10 Jahren, ein anderer wegen Anteilnahme an dem Ueberfall auf das Emigrantenheim zu 13 Jahren schweren Kerkers verurteilt; 2 Araber wurden freigesprochen.

— Der „Palestine Weekly" berichtet, dass die arabischen Bootsleute, die die Ausbootung der jüd. Immigranten verweigerten, vom Gouverneur zur Raison gebracht wurden. Der Gouverneur drohte, dass, falls man die Landung der Juden nicht durchführen werde, der Hafen für die Dauer eines Monates für Passagiere und Waren gesperrt werden wird. Diese Drohung genügte, um die Araber zu veranlassen, den Befehlen Folge zu leisten.

— Die arabische Zeitung „Al Salam" veröffentlicht einen Artikel, in dem sie gegen die Aufhetzer der arabischen Bevölkerung auftritt. Im Artikel heisst es u. a.: Arabisches Volk, die Zeit ist gekommen, die Augen zu öffnen und die in deinem Namen geschehenen Taten zu betrachten. Mögest du die Taten derjenigen würdigen, die sich als deine Freunde erklären, während sie deine Seele vergiften und dich im Namen des Nationalismus gegen deine eigenen Brüder aufhetzen. Auch wenn du dich vor der Rückkehr der Juden ängstigst, so ist das Töten der Juden keine gesunde Politik, weil diese gross an Zahl sind und auch die Zustimmung aller Grossmächte zum Aufbau ihres nationalen Heimes erhalten haben. Du musst deshalb mit ihnen auf friedliche Weise zu einer Verständigung gelangen; waren ja auch ihre Vorfahren unsere Propheten und ist ihre Geschichte unsere Geschichte.

— Die palästinensischen Rabbiner haben einen energischen Kampf gegen die öffentl. Sabbathentweihung und den Genuss nicht koscheren Fleisches eingeleitet. Ein Manifest wurde in allen Städten und Kolonien verbreitet und auch ein Massenmeeting orthodoxer Juden in Jerusalem einberufen, um gegen die Sabbathentweihung zu protestieren. Vorträge über die Frage der Sabbathheiligung werden veranstaltet.

— Der Jaffaer Korrespondent des „Palestine Weekly" berichtet, dass die offizielle Anerkennung Tel-Awiws als einer separaten Gemeinde feierlich begangen wurde. Stadtpräsident Disengoff referierte über die Entwicklungsgeschichte Tel-Awiws und wies darauf hin, dass die Stadt einer wichtigen Zukunft entgegensehe.

— Der Verlag „Hapoel Hazair hat mit der Herausgabe einer „Volksbibliothek" begonnen, die Broschüren aus allen Gebieten des Wissens wie auch der schönen Literatur umfassen soll. Die zwei ersten Heftchen, Schimonowitz: „Im Walde von Chedera" (Idylle) und Brenner: „Hamozah" (Erzählung) sind bei der „J.P.Z." eingetroffen.

Das allgemein jüdische Krankenhaus bittet für seine Kranken

„Schaare-Zedek“ zu Jerusalem

Aufnahme unterschiedslos für Alle. Höchste Anerkennung aller Behörden, hält sich für gewissenhafte Uebernahme v. Stiftungen empfohlen

Organisation rein europäisch — Briefe: Zentralbüro für jüd. Angelegenheiten Luzern

Isolierhäuser für Ansteckende — Geldsendungen: Postcheck-Konto Luzern VII 1096



Savonnerie LUPU BRAUNSTEIN Trieste

rue Settefontane 311
Tél. 30-28

EXPORTATION pour tous les pays du monde.

On cherche des représentants

Gebr. Hotz

FACHLEUTE FÜR ERSTELLUNG ELEKTRISCHER ANLAGEN

ZÜRICH 6 STAMPFENBACHSTR. 42
TEL. HOTT. 3105

ELEKTR. TEPPICHE · STAUBSAUGER · ETC.



Unsere Spezialität:
Kriegs-Raritäten
(Illustrierter Katalog Fr. 10.–)
Alt-Europa und Kolonien
in Kabinettstücken
Grösstes Lager in Schweizer Marken
Spezial-Katalog über Abstempelung etc. 10 Fr. Bearbeitet v H. Jäggi-Weber
Auswahlsendungen gegen Referenzen.
Neueste Raritätsliste gratis.
E. Luder-Edelmann & Co., Bahnhofstr. 76, Zürich

Hotel du Parc, Zürich

beim Hauptbahnhof, Linthescherplatz
Sorgfältige Küche Feine Weine
FAMILIE VOIGT

Palästina

Zum Zwecke permanenter Niederlassung und Eröffnung eines Architekturbureaus in Haifa begebe ich mich Mitte August nach Palästina.

Durch meine langjährige praktische Tätigkeit als Architekt in der Schweiz, England und Deutschland in Entwurf und Ausführung von allen möglichen Bauobjekten, speziell in Ausführung von Klein- und Grossiedlungen, bin ich in der Lage für Palästinainteressenten jeglichen, mein Arbeitsgebiet berührenden Auftrag, auch Landankauf zu Wirtschafts- oder Bauzwecken etc. auszuführen.

Anfragen erbitte ich bis zum 10. August.

Michael Hack, Architekt, **Basel**
Johannsring 134 - - - Telephon 7537

Anwaltsbureau

Dr. Hans Schwendener

Sonnenquai 1 Zürich 1 Sonnenquai 1

Nach langiähriger Tätigkeit in Großunternehmen, Verwaltung, Advokatur und Gericht im In- und Ausland, habe ich mich in Zürich 1, Sonnenquai 1 (Bellevue), als Anwalt niedergelassen. Ich empfehle mich für Beratung und Interessenvertretung, Verwaltungen und Ausgleiche, Prozeßführung, Inkassi, Expertisen, Haftpflicht-, Transport- und Organisationsfragen etc.

Dr. HANS SCHWENDENER
Rechtsanwalt. Tel. Hott. 75 90

Gute Schuhe für wenig Geld

erhalten Sie bei J. Splichal vorm. S. Neuenschwander
Linth-Escherg. 17 Hinter Hotel St. Gotthard
Preis-Aufstellungen wären insofern zwecklos, da Sie den Preis mit der Qualität selbst vergleichen müssen.
-:- -:- -:- Besichtigen Sie unsere Schaufenster! -:- -:- -:-

Wer würde nicht vorziehen?
den herrlichen Badeort **PASSUGG** bei Chur mit seinen **5 Heilquellen** für Magen-, Nieren-, Zuckerkrankheiten, Bleichsucht, allgemeine Schwäche, Frauenkrankheiten etc.

Hotel Alpenblick

Streng כשר Pension
unter Aufsicht s. Ehrw. Herrn Rabb. Brom, Luzern.
Erstkl. Bedienung bei mässigen Preisen.
Verlangen Sie Prospekt. Die Direktion.

KOHLEN, KOKS, BRIKETS

erstkl. Marken, sowie BRENNHOLZ
empfiehlt zu billigsten Preisen
Robert Böhringer, Zürich 1
Oetenbachgasse 26 Telephon Selnau 833


Spendet zu Gunsten des isr. Hilfsfonds in der Schweiz
Donnez en faveur de l'Oeuvre de Bienfaisance juive en Suisse
Potcheck-Konto VII 915, Luzen
